



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Prüfung der AfD auf ihre Verfassungsmäßigkeit

Stand vom 02.12.2024 11:01:14 bis 14.04.2025 16:20:22

Angegeben von:

Deutscher Bundesjugendring e.V. (R000522) am 02.12.2024

Beschreibung:

Der DBJR fordert die Bundesregierung, den Bundestag sowie den Bundesrat dazu auf, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der AfD gem. Art. 21 Abs. 2 GG zu beantragen. Dazu müssen jetzt durch Bund und Länder bzw. die zuständigen Behörden die notwendigen Schritte eingeleitet werden und Materialien, die die Verfassungswidrigkeit der AfD belegen, gesammelt werden. Unabhängig davon müssen die Landesregierungen im Rahmen des § 43 Abs. 2 BVerfGG gesetzlich ermächtigt werden, ein Parteiverbotsverfahren gegen einen Landesverband auch dann zu beantragen können, wenn diese Partei ihre Organisation nicht nur auf das Gebiet des jeweiligen Landes beschränkt.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13750 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der "Alternative für Deutschland" gemäß Artikel 21 Absatz 2, 3 und 4 des Grundgesetzes i. V. m. § 13 Nummer 2 und 2a, §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes

Betroffene Interessenbereiche (3)

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

GG [alle RV hierzu]

BVerfGG [alle RV hierzu]